



Samtgemeinde Fintel  
Samtgemeindebürgermeister

-10 24 34-

13. Ratsperiode 2021-2026  
Lauenbrück, den 20.11.2025

Niederschrift über die 14. Sitzung **des Bau- und Planungsausschusses am 19.11.2025 im Ratssaal, Berliner Straße 3, 27389 Lauenbrück.**

Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 21:04 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Volker Dreyer

Ratsmitglieder

Herr Wolfram Heinrich

Herr Werner Kahlke

Herr Helmut Oetjen

Herr Jürgen Rademacher (für Steffen Florin)

Herr Michael Sablotzke

Herr Hans-Jürgen Schnellrieder

Herr Reinhard Trau

Beratende Mitglieder

Herr Axel Matthies

Frau Marina Schabbel

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Cord-Heinrich Renken

Von der Verwaltung

Herr Volker Behrens

Herr Clemens Mahnken

Herr Stefan Raatz

Protokollführerin

Frau Svetlana Claassen

Abwesend:

Samtgemeindebürgermeister

Herr Sven Maier

Beratende Mitglieder

Herr Tim Pyka

Herr Volker Witt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 20.08.2025**
- 3 **Einwohnerfragestunde**
- 4 **Betriebsbericht über die Klärschlammvererdungsanlage Lauenbrück für das Jahr 2024  
Vorlage: 100/2025**
- 5 **Beschlussvorlage für die 55. F-Planänderung "ehemalige Brennerei Benkeloh" a) Abwägung der frühzeitigen ToeB-Beteiligung und b) Erneute Behördenbeteiligung und Beteiligung der Öffentlichkeit  
Vorlage: 140/2025**
- 6 **Beschlussvorlage für die 58. F-Planänderung "SO Natur- und Erlebnisstätte Fintel"  
a) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung  
b) Erneute Behördenbeteiligung und öffentliche Auslegung  
Vorlage: 143/2025**
- 7 **Haushaltswirksame Maßnahmen 2026- Bau- und Planungsausschuss  
Vorlage: 137/2025**
- 8 **Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters**
- 9 **Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder**
- 10 **Einwohnerfragestunde**

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Dreyer eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Mitarbeiterin und Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreterin der Presse und Frau Gerull, Auszubildende in der Samtgemeindeverwaltung, die als ZuhörerIn an der Sitzung teilnimmt.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird bestätigt.

### **TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 20.08.2025**

Die Niederschrift über die Sitzung am 20.08.2025 wird einstimmig genehmigt.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	
Ja- Stimmen	6
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	0

### **TOP 3: Einwohnerfragestunde**

Es nehmen keine Einwohnerinnen und Einwohner an der Sitzung teil.

### **TOP 4: Betriebsbericht über die Klärschlammvererdungsanlage Lauenbrück für das Jahr 2024 Vorlage: 100/2025**

Ausschussvorsitzender Dreyer übergibt für den Bericht über die Klärschlammvererdungsanlage des Jahres 2024 an VfA Behrens.

Dieser erklärt, dass die Firma The Pauly Group im Zuge des geschlossenen betriebsbegleitenden Vertrages einen jährlichen Bericht über den Zustand der Klärschlammvererdungsanlage erstellt.

Ausschussmitglied Rademacher und stv. beratendes Ausschussmitglied Renken nehmen ab 19:03 Uhr an der Sitzung teil.

VfA Behrens verliest die Zusammenfassung des Betriebsberichtes.  
Auf die Vorlage nebst Anlagen wird verwiesen.

Zusammenfassend erklärt er, dass sich die Klärschlammvererdungsanlage in einer kritischen Phase befinde. Zur negativen Entwicklung hätten unter anderem der neue Höchstwert an Schlammvolumen von 7520 cbm und die hohen Niederschlagswerte

im Jahr 2024 beigetragen. Er erinnert weiterhin an den zu nassen Klärschlamm bei der letzten Räumung. Als Lösungsansatz empfiehlt die Firma The Pauly Group eine höhere Fällung mit Eisen-III-Chloridsulfat. Dieses sei allerdings sehr kostenintensiv.

Als Ausblick teilt VfA Behrens mit, dass die Entsorgung des Klärschlammes ab dem Jahr 2029 erheblich teurer werde. Daher sei zu gegebener Zeit zu überlegen, ob die geplante Räumung im Jahr 2031 vorgezogen werde. Es müsse geprüft werden, ob Kosten eingespart werden, wenn die Beete frühzeitig nicht mit vollem Füllstand geleert werden.

Ausschussmitglied Sablotzke kritisiert, dass das Unternehmen für die Begleitung der Klärschlammvererdungsanlage viel Geld erhalte, aber nicht genügend leiste. Die letzte Räumung sei eine Katastrophe gewesen. Er prognostiziert ein ähnliches Szenario für die kommende Räumung.

Ausschussmitglied Heinrich erkundigt sich nach den Empfehlungen des Unternehmens. Laut VfA Behrens seien diese die Zugabe von Polymeren und die Umstellung der Fällung mit Eisen-III-Chloridsulfat. Es könne lediglich auf die Konsistenz des Klärschlammes eingewirkt werden. Die Menge reduziere sich nicht. Es sei dennoch richtig gewesen, die Beete I und II zusammen räumen zu lassen.

Ausschussmitglied Schnellrieder erinnert, dass die Verbrennung des Klärschlammes eine enorme Belastung des Haushaltes darstelle. Er wünsche sich eine Prognose der zukünftig zu erwartenden Entsorgungskosten, um dann zu prüfen, ob eine Umstellung der Entsorgung möglich und nötig sei.

VfA Behrens erklärt daraufhin, dass die letzte Entsorgung produktneutral ausgeschrieben wurde. Der Kostenunterschied zwischen der landwirtschaftlichen und der thermischen Verwertung des Klärschlammes sei nicht groß.

Ausschussmitglied Trau erkundigt sich, ob bspw. die Anlagen in Selsingen und Bothel ähnliche Probleme haben. VfA Behrens berichtet, dass die Samtgemeinde Bothel mit ähnlichen Problemen kämpfe, in Selsingen wurden gute Erfahrungen mit dem Lohnunternehmen gemacht, welches nun auch bei der Samtgemeinde Fintel tätig sei. Optimal laufe die Klärschlammvererdung in Sottrum. Die Anlage sei mit hieriger aber nicht vergleichbar, da die Anlage in Sottrum mit erheblich größeren Beeten ausgestattet ist.

Abschließend zeigt VfA Behrens einige Fotos der letzten Räumung.

Anmerkung zum Protokoll:

*Die Fotos sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.*

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt den Betriebsbericht für das Jahr 2024 zur Kenntnis.

<b>TOP 5: Beschlussvorlage für die 55. F-Planänderung "ehemalige Brennerei Benkeloh" a) Abwägung der frühzeitigen ToeB-Beteiligung und b) Erneute Behördenbeteiligung und Beteiligung der Öffentlichkeit Vorlage: 140/2025</b>
--

Ausschussvorsitzender Dreyer übergibt für weiterführende Informationen zu diesem Tagesordnungspunkt an FD- Leitung Raatz.

Dieser erinnert, dass alle Stellungnahmen ebenfalls der Beschlussvorlage beigelegt sind. Er erinnert ebenfalls an die bereits sehr lange Bearbeitungszeit des Verfahrens. Diese Verzögerung lag unter anderem an einer Stellungnahme der unteren Waldbehörde.

Anhand einer entsprechend gekennzeichneten Karte erklärt FD- Leitung Raatz, dass die untere Waldbehörde festgestellt habe, dass es sich bei der blau schraffierten Fläche um einen Wald handle. Dort befinde sich aktuell aber kein Baumbestand mehr. Im Laufe der letzten Monate wurde sich darauf verständigt, dass diese Fläche wieder aufzuforsten sei.

Anmerkung zum Protokoll:

*Die Karte ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.*

Im weiteren Verlauf der Sitzung erläutert FD- Leitung Raatz alle eingegangenen Stellungnahmen.

Im Anschluss erkundigt sich beratendes Ausschussmitglied Matthies, wer die Kosten für das anscheinend zeitlich aufwendige Verfahren trage.

FD- Leitung Raatz erklärt, dass ein städtebaulicher Vertrag mit dem Flächeneigentümer geschlossen wurde. Dieser legt fest, dass der Eigentümer die Kosten des Verfahrens übernehme. Auf erneute Rückfrage informiert FD- Leitung Raatz, dass diese Kosten keine Arbeitsstunden der Verwaltung enthielten und dass diese Kosten auch nicht weitergegeben werden dürfen. Bei der Bearbeitung der F-Pläne handle es sich um eine samtgemeindeeigene Aufgabe, der Aufwand dürfe nicht abgerechnet werden.

Ausschussmitglied Trau erkundigt sich, ob es aufgrund des Regionalen Raumordnungsprogrammes Konfliktpotenzial mit der Gemeinde Scheeßel gebe.

VfA Behrens erklärt, dass auf dem Gelände kein Dauerwohnrecht gelte und es daher keine Probleme mit dem nahen Windrad gebe. Aus diesem Grund habe die Gemeinde Scheeßel auch keine Stellungnahme abgegeben.

Ausschussvorsitzender Dreyer verliest die Beschlussvorlage und lässt über die Beschlusspunkte a) und b) getrennt abstimmen.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt einstimmig,

- a) die in der Abwägungstabelle dargestellten Anregungen der Träger öffentlicher Belange zur Kenntnis zu nehmen bzw. wie als Beschlussfassung vorgeschlagen zu behandeln und zudem die in der Sitzung entwickelten Vorschläge entsprechend in die Begründung nachträglich einzuarbeiten,

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	
Ja- Stimmen	7
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt ebenfalls einstimmig,

- b) für die 55. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die dazugehörige Begründung einschließlich Umweltbericht die erneute Behördenbeteiligung und die öffentliche Auslegung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	
Ja- Stimmen	7
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	0

**TOP 6: Beschlussvorlage für die 58. F-Planänderung "SO Natur- und Erlebnisstätte Fintel"**  
**a) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**  
**b) Erneute Behördenbeteiligung und öffentliche Auslegung**  
**Vorlage: 143/2025**

FD- Leitung Raatz erläutert auch zu dieser F- Planänderung die eingegangenen Stellungnahmen. Da keine besonderen Stellungnahmen eingegangen seien, wurde auf die Präsenz des Planungsbüros in der Sitzung verzichtet.

Einzig wird besonders hervorgehoben, dass der Wasserversorgungsverband Rotenburg (WVV) rückgemeldet habe, das Grundstück sei nicht an die Wasserversorgung angeschlossen. Diesbezüglich müsse mit dem Eigentümer in Kontakt getreten werden. Insbesondere da dieser ohne Anschluss auch den Brandschutz selbstständig gewährleisten müsse.

Auf Rückfrage von Ausschussmitglied Sablotzke erklärt FD- Leitung Raatz, dass das Grundstück ebenfalls nicht an die Kanalisation angeschlossen sei.

Beratendes Mitglied Matthies merkt diesbezüglich an, dass in der Samtgemeinde in naher Vergangenheit einige wasserführende Fahrzeuge für die Feuerwehren angeschafft wurden. Dieser Sachverhalt werde in diesem Verfahren und allgemein ignoriert.

Ausschussvorsitzender Dreyer verliest die Bechlessempfehlung und nimmt die Abstimmung vor.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt einstimmig,

- a) die in der Abwägungstabelle dargestellten Anregungen der Träger öffentlicher Belange zur Kenntnis zu nehmen bzw. wie als Beschlussfassung vorgeschla-

gen zu behandeln und zudem die in der Sitzung entwickelten Vorschläge entsprechend in die Begründung nachträglich einzuarbeiten,

- b) für die 58. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die dazugehörige Begründung einschließlich Umweltbericht die erneute Behördenbeteiligung und die öffentliche Auslegung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	
Ja- Stimmen	7
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	0

<b>TOP 7: Haushaltswirksame Maßnahmen 2026- Bau- und Planungsausschuss Vorlage: 137/2025</b>
--

Kämmerer Mahnken informiert zu diesem Tagesordnungspunkt zunächst über wichtige Punkte der Produktkonten des Teilhaushaltes Bauen und Planen.

Für den Aufwandsbereich erklärt er, dass die E- Checks in allen Liegenschaften anstünden und hierfür 70.000 Euro im Haushalt 2026 eingeplant wurden. Die Photovoltaik- Tauglichkeitsprüfung der Dächer der Liegenschaften der Samtgemeinde wurde mit 25.000 Euro bedacht.

Wie üblich wurde der Zuschuss für das Freibad in Fintel mit 45.000 Euro im Haushalt eingeplant.

Weiterhin wurden für die Erstellung von F- Plänen und der Kommunalen Wärmeplanung insgesamt 121.500 Euro veranschlagt.

Im Haushaltsplan sind zudem 20.000 Euro für Unterhaltungsmaßnahmen an den Regenrückhaltebecken, 45.000 Euro für Inspektion, Reparatur und Reinigung der Niederschlagswasserkanäle und Sinkkästen und 20.000 Euro für den Generalentwässerungsplan berücksichtigt.

Des Weiteren sollen 30.000 Euro für die Erfassung im digitalen Abwasserkataster genutzt werden. Die Erneuerung der Tragschicht der Gemeinestraße Stemmen-Appel wurde mit 170.000 Euro eingeplant. Für das Planungsbüro, welches den Rückbau der Rieper Bahnbrücke begleite, wurden insgesamt 85.000 Euro im Haushalt 2026 eingeplant.

Anschließend berichtet Kämmerer Mahnken über einige Positionen im Investitionsbereich.

So wurden für einen Unterstand für Container 6.000 Euro und für ein Anzeigendisplay der PV- Anlage 5.000 Euro eingeplant.

Er informiert weiterhin über das neu geschaffene Produktkonto 537100- Grünschnittsammelplatz. Für diesen wurden 400.000 Euro Herstellungskosten eingeplant. Es werde diesbezüglich aber auch mit Zuweisungen vom Landkreis in Höhe von 300.000 gerechnet.

Des Weiteren werden 8.000 Euro für einen neuen Aufsitzrasenmäher benötigt.

Er erinnert an die Besichtigung der Abwasserreinigungsanlage der Mitglieder des Bau- und Planungsausschusses. Während dieser wurde berichtet, dass das Einlaufsieb erneuert werden müsse. Hierfür werden 260.000 Euro im Haushalt eingeplant.

Weiterhin sei die Anschaffung eines gebrauchten Traktors geplant, diesbezüglich wurden 130.000 Euro eingeplant.

Der Bürgerbusverein werde mit einem Zuschuss für den Erwerb eines neuen Fahrzeuges in Höhe von 25.000 Euro bedacht. Für den bald finalisierten Breitbandausbau müssten weitere 160.000 Euro im Haushalt 2026 vorgesehen werden.

Im Anschluss an die Ausführungen von Kämmerer Mahnken berichtet Ausschussmitglied Oetjen aus der letzten Fraktionssitzung. Während dieser wurde intensiv beraten, welche Positionen aus dem Haushaltsentwurf 2026 gestrichen werden können. Laut Ausschussmitglied Oetjen empfiehlt die Fraktion die mit 15.000 Euro eingeplante E- Ladesäule aus dem Haushalt zu streichen. Dies sei keine kommunale Aufgabe. Beratendes Ausschussmitglied Matthies ergänzt, dass im Frühjahr bereits diskutiert wurde, ob diese Maßnahme sinnvoll sei. Seinerzeit wurde der Beschluss gefasst, die Maßnahme nicht umzusetzen.

Kämmerer Mahnken erläutert, dass diese Maßnahme bereits im letzten Haushalt enthalten gewesen sei. Da diese nicht durchgeführt wurde, wurde die Summe als Haushaltsrest übertragen. Ausschussmitglied Kahlke betont, dass in aller Deutlichkeit kundgetan wurde, diese Maßnahme nicht umzusetzen.

Laut beratendem Ausschussmitglied Matthies müsse ein Haushaltsplan möglichst nah an dem geplant werden, was auch umgesetzt werde. Wenn eine Maßnahme nicht umsetzbar ist, gehöre sie nicht in den Haushaltsplan.

Abschließend ergänzt Ausschussmitglied Schnellrieder, dass die Versorger sich an Eigentümer der Standorte wenden, von denen sie ausgehen, dass eine Ladesäule sinnvoll soll. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Samtgemeinde würden ihre E-Fahrzeuge überwiegend zuhause laden.

Als weiteren Vorschlag unterbreitet Ausschussmitglied Oetjen die Streichung der Sanierung der Toiletten im Altgebäude des Rathauses.

Kämmerer Mahnken interveniert, dass die WC's direkt neben dem Standesamt liegen und auch von Gästen benutzt werden. Die sanitären Anlagen seien nicht mehr standesgemäß, es sei keine Heizung vorhanden und die Anlagen bereits störanfällig.

Ausschussmitglied Sablotzke erklärt, dass es nicht darum gehe gar nichts zu erneuern, aber nicht für die Summe von 50.000 Euro.

FD- Leitung Raatz informiert, dass die WC- Anlagen über 40 Jahre alt sind und die Summe für die Sanierung aller drei Räume gedacht sei. Die Toiletten seien definitiv kein Aushängeschild des Rathauses und er bitte darum, die Entscheidung zu überdenken. Er weist zudem daraufhin, dass die Summe kein neuer Haushaltsansatz sei, sondern ebenfalls ein Übertrag aus dem Jahr 2025, da die Sanierung aufgrund von Personalmangel nicht durchgeführt werden konnte.

Die Ausschussmitglieder entscheiden sich gegen die Streichung der Sanierung.

Ausschussmitglied Oetjen nennt als nächstes Einsparpotenzial die Streichung der Dachprüfungen für PV- Anlagen. Diese sei bisher mit 25.000 Euro im Haushalt eingeplant. Solange keine Haushaltsmittel für die Errichtung von PV- Anlagen zur Verfügung stünden, könnten die Mittel zur Überprüfung ebenfalls gestrichen werden.

FD- Leitung Raatz erinnert in diesem Zusammenhang an den Ratsbeschluss, dass die eigenen Gebäude hinsichtlich der Tauglichkeit untersucht werden sollen.

Ausschussmitglied Oetjen teilt weiterhin mit, dass ebenfalls die Mittel in Höhe von 55.000 Euro für die kommunale Wärmeplanung aus dem Haushaltsplan 2026 gestrichen werden solle, da diese keine Aufgabe der Samtgemeinde sei.

FD- Leitung Raatz stimmt zu, dass ein Samtgemeinderatsbeschluss gefasst wurde, die kommunale Wärmeplanung nicht umzusetzen. Nun gab es allerdings eine Gesetzesänderung des Nds. Klimagesetzes, die eine kommunale Wärmeplanung flächendeckend auch für Kommunen unter 10.000 Einwohnern vorschreibt. Es könne ein vereinfachtes Verfahren erstellt werden. Wie dieses zu erstellen ist, sei aber noch unklar.

Ausschussmitglied Trau betont, dass eine kommunale Wärmeplanung dann so abgespeckt wie möglich erstellt werden müsse. So, dass diese gerade gesetzeskonform sei. Ausschussmitglied Kahlke verweist auf die kommunale Wärmeplanungen der Gemeinden Lauenbrück und Fintel, deren Ergebnisse sich zunutze gemacht und auf die kleineren Gemeinden übertragen werden könnten.

Ausschussmitglied Oetjen bittet die gesetzlichen Vorgaben über das Protokoll zu versenden.

Anmerkung zum Protokoll:

*Die Neuerungen zur Kommunalen Wärmeplanung nebst Ergänzungen von FD- Leitung Raatz sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.*

Als größtes Einsparpotenzial sehen die Ausschussmitglieder die Streichung der eingeplanten Mittel in Höhe von 130.000 Euro für den Erwerb eines gebrauchten Traktors.

Laut Ausschussmitglied Oetjen könne wie bisher ein Traktor eines Mitbürgers aus Fintel ausgeliehen werden, oder die Samtgemeinde schließe sich zu diesem Thema mit der Gemeinde Lauenbrück zusammen.

FD- Leitung Raatz stimmt zu, dass in der Vergangenheit oftmals der Traktor des Gemeindemitarbeiters Fintel geliehen wurde. Nach seinem Renteneintritt könne dieser, laut Aussage, aber nicht mehr so zuverlässig ausgeliehen werden, wie bisher. Der Traktor der Gemeinde Lauenbrück sei nicht für Holzarbeiten ausgestattet. Diese Gründe sprechen dafür diese Position in den Haushaltsplan aufzunehmen. Er führt weiterhin aus, dass im Jahr 2024 5.470 Euro bzw. 12.632 Euro an Mieten für die Fahrzeuge gezahlt wurden. Er bittet zu bedenken, dass in naher Zukunft auf diese Beträge ebenfalls Umsatzsteuer zu zahlen sei.

Kämmerer Mahnken ergänzt, dass der Traktor nicht lediglich für Holzarbeiten benötigt werde, sondern für viele weitere Aufgaben, wie bspw. der Entrümpelung von Wohnungen. Die Aufgaben seien da und er bezweifelt, dass Fahrzeuge auch immer spontan geliehen werden können.

Die Austauschmitglieder diskutieren verschiedene Möglichkeiten, um die Anschaffungen eines Traktors zu umgehen,

Ausschussmitglied Heinrich beantragt das Ende der Debatte und die Fortführung der Tagesordnung.

Ausschussmitglied Oetjen berichtet weiterhin aus den Fraktionssitzungen, dass die Planungskosten für ein neues Feuerwehrhaus in Fintel gestrichen werden sollen, da diese zeitlich noch nicht anstünden.

Kämmerer Mahnken betont eindringlich, dass dieser Posten nicht im Bau- und Planungsausschuss zu diskutieren ist, da die Mittel zum Produkt Brandschutz gehören.

Ausschussmitglied Oetjen bittet darum, die Streichung in der anstehenden Sitzung des Finanzausschusses zu diskutieren.

Als letzte Position führt Ausschussmitglied Oetjen das mit einer Summe von 5.000 Euro eingeplante Anzeigendisplays für die PV-Anlage auf. Auch diese Mittel sollten nach Auffassung der Fraktionen gestrichen werden.

Auch diese Streichung wird durch die Anwesenden diskutiert. Ausschussmitglied Wolfram beantragt die Streichung dieser Position aus dem Haushaltsplan.

Ausschussmitglied Oetjen fasst abschließend zusammen, dass die Mittel für die E-Ladesäule, die Dachprüfungen für PV-Anlagen, den Traktor und das Anzeigendisplays für die PV-Anlage aus dem Haushaltsplan 2026 gestrichen werden sollen.

Ausschussvorsitzender Dreyer lässt über den Beschluss inklusive der soeben besprochenen Änderungen abstimmen.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt einstimmig die im Haushaltsentwurf formulierten Haushaltsansätze für die Produkte 111110, 424200, 511000, 521000, 537100, 538110, 538120, 538130, 541000, 547000, 552000, 571000 und 573100 inkl. den in der Sitzung formulierten Änderungen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	
Ja- Stimmen	7
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	0

## **TOP 8: Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters**

Ausschussvorsitzender Dreyer übergibt für diesen Tagesordnungspunkt an FD-Leitung Raatz.

### **a) „Baturbo“**

FD-Leiter Raatz berichtet, dass es eine Änderung im Baugesetzbuch gegeben habe, die der zügigen Schaffung von Wohnraum dienen solle. Diese Änderung gelte der reinen Wohnbebauung. Kriterien der B-Pläne könnten so evtl. umgangen werden. Bspw. könne in einem Gebiet mit vorgeschriebener eingeschossiger Bauweise, zweigeschossig gebaut werden, insofern die Gemeinde sich nicht gegenteilig äußert. Vorhabenträger müssen sich mit den jeweiligen Gemeinden auseinandersetzen. Die Gemeinde müsse innerhalb von drei Monaten zustimmen oder ablehnen. Keine Rückmeldung bedeutet Zustimmung. Wichtig sei, dass die Vorhaben per Ratsbeschluss zugestimmt oder abgelehnt werden.

FD-Leitung Raatz informiert, dass es am 04.12. einen gemeinsamen Termin mit allen Bürgermeistern geben werde, um die Gesetzesänderung bestmöglich zu erläutern.

Am 16.12. findet zudem eine Tagung aller Bauamtsleiter des Landkreises statt, bei der dieses Thema ebenfalls behandelt wird.

FD- Leitung Raatz erwünscht sich ein Meinungsbild, ob die Mitglieder des Bau- und Planungsausschusses ebenfalls an dem Termin am 04.12. teilnehmen sollen. Die Anwesenden sprechen sich für die Teilnahme des Bau- und Planungsausschusses aus.

### **b) Änderung §35 Baugesetzbuch**

-----

FD- Leiter Raatz informiert ebenfalls über eine Änderung zu §35 Baugesetzbuch. Diese besagt, dass auf den privilegierten Flächen, wie bspw. an Bahnstrecken, nun auch größere Speicheranlagen ab einem Megawatt Kapazität ohne Bauleitplanung entstehen können.

### **c) Windenergiegebiete**

-----

FD- Leitung Raatz erläutert, dass ein Zielabweichungsverfahren zum Regionalen Raumordnungsprogramm nun nicht mehr zwingend notwendig sei. Änderungen könnten nun über die Flächennutzungspläne geregelt werden. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Ausschluss- Beschluss der Samtgemeinde.

## **TOP 9: Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder**

### **a) Appeler Weg**

-----

Ausschussmitglied Trau erkundigt sich, ob es schon Ergebnisse zu den Bohrungen am Appeler Weg gebe.

VfA Behrens erklärt, dass in vier Bohrkernen Torf nachgewiesen wurde. Die Bohrungen hätten in ca. 2 m Tiefe stattgefunden. Ausschussmitglied Trau vermutet in tieferen Schichten ebenfalls Torf, da bei Bohrungen in naher Umgebung dieser ebenfalls nachgewiesen wurde.

### **b) Aufbau Haushaltsplan**

-----

Beratendes Mitglied Matthies teilt mit, dass es schwierig sei mit dem Haushaltsplan zu arbeiten. Er wünsche sich Überschriften, ggfs. eine durchgehende Nummerierung.

### **c) Sanierung Turnhallenboden Grundschule Fintel**

-----

Ausschussmitglied Sablotzke erkundigt sich nach dem Stand der eingegangenen Reklamation der Sanierungsarbeiten des Turnhallenbodens in Fintel.

FD- Leitung Raatz hat keine Kenntnis über unsachgemäß ausgeführte Arbeiten und sichert Informationen über das Protokoll zu.

#### *Anmerkung zum Protokoll:*

*Der Turnhallenboden weist Spalten zwischen den einzelnen Brettern auf. Es gibt keine Löcher im Turnhallenboden. Für das Alter des Bodens seien diese Spalten bis zu einem gewissen Grad normal. Ggfs. werden einzelne Bretter ausgetauscht. Die Verwaltung steht diesbezüglich im Kontakt mit der ausführenden Firma. Die Nutzung der Halle ist aktuell nicht beeinträchtigt. Es erfolgte eine Rückmeldung an die Melderin der Schäden.*

#### **d) Brückenprüfung**

-----

Beratendes Mitglied Matthies interessiert sich für die angekündigte Brückenprüfung der Benkeloher Bahnbrücke und welche Ergebnisse diese ergeben habe.

VfA Behrens berichtet, dass die Prüfung zwar beauftragt sei, aber noch nicht stattgefunden habe. Es werde die Information der Sperrzeiten erwartet. Zudem informiert er, dass die Brücke ebenfalls mit einem Brückenuntersichtgerät begutachtet werde.

<b>TOP 10: Einwohnerfragestunde</b>
-------------------------------------

Es nehmen keine Einwohnerinnen und Einwohner an der Sitzung teil.

gez. Claassen  
Protokollführerin

gez. Maier  
Samtgemeindebürgermeister

gez. Dreyer  
Ausschussvorsitzender